



BUNDESWEITER  
BILDUNGS TREK  
2009

## **Erklärung der Besetzer der Aula der PH Heidelberg**

**18.12.2009**

### **Offenlegung des Haushalts - Lehre verschlechtert sich weiter - das Land stiehlt sich aus der Verantwortung**

Am 17.12. 2009 informierten das Rektorat und Mitglieder der Haushaltsabteilung der PH Heidelberg in einer öffentlichen Vollversammlung die Mitglieder der Hochschule über die Ursachen der finanziellen Krise der PH. In diesem Zuge wurde die Haushaltslage der vergangenen und der kommenden Semester offen gelegt. Damit kommt das neue Rektorat einer der zentralen Forderungen aller Gruppen der Hochschule, insbesondere der Studierendenschaft, Transparenz über die Finanzlage der PH herzustellen, nach.

Die Zahlen zeigen eindeutig: die Pädagogische Hochschule Heidelberg befindet sich weiterhin in einer sehr prekären finanziellen Lage! Trotz bereits erfolgter Sparmaßnahmen im Wintersemester 2009/2010, wird sich das Lehrangebot im kommenden Sommersemester drastisch verschlechtern. Das Lehrangebot wird laut Dekan Schallies sogar geringer ausfallen als im Wintersemester 2006, vor Einführung der Studiengebühren. Bezüglich der Ursachen der „PH-Finanzkrise“ wurde in der Vollversammlung deutlich, dass diese nicht nur im alten Rektorat zu suchen sind. Offenbar gab es innerhalb der ganzen PH massive Kommunikationsschwierigkeiten. Mittel wurden auf Grund fehlender Abstimmung mehrfach vergeben. Es gab keinerlei Kontrollinstanzen zu finanziellen Angelegenheiten. Diese fehlerhaften institutionellen Strukturen möchte das neue Rektorat in Zukunft korrigieren.

Ebenfalls klar ersichtlich wurde, dass die Ursachen auch und vor allem bei den politischen Entscheidungsträgern in Stuttgart zu suchen sind! Grundsätzlich ging aus den aufgelisteten Zahlen hervor, dass die Pädagogische Hochschule Heidelberg unter der generellen Unterfinanzierung der Hochschulen leidet, ohne Studiengebühren nicht überleben könnte und diese von Beginn dazu gedacht waren, die Grundlehre zu finanzieren. 2009 verschärfte sich die finanzielle Lage aufgrund Einführung der Geschwisterregelung. Obwohl im Ministerium im Sommer 2008 ein Gesetz geplant wurde, welches landesweit über 30% der Studierenden von Studiengebühren befreien würde, meldete das Ministerium, die Studiengebühren würden konstant bleiben und forderte die Hochschulen per Erlass zur gleichen Zeit auf, auch langfristige Verträge aus Studiengebühren zu finanzieren. An der PH Heidelberg sind gar 45% von Studiengebühren befreit. Den finanziellen Ausgleich müssen alle Hochschulen selbst erbringen.

Die Studierenden mussten erkennen, dass sie noch einige Jahre unter der katastrophalen Haushaltslage der Pädagogischen Hochschule leiden werden müssen, da von Seiten des Landes bisher keine echte finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt wurde.

Während in Hessen die Studiengebühren abgeschafft wurden und die Landesregierung für den Ausgleich in der Finanzierung aufkommt, sind wir sehr enttäuscht, dass die Baden-Württembergische Landesregierung keine Verantwortung für die Gegenfinanzierung ihrer mangelhaft konzipierten Geschwisterregelung übernimmt.

Wir fordern die Baden-Württembergische Landesregierung dazu auf, die Finanzierung der Pädagogischen Hochschule Heidelberg sicher zu stellen, ihre Verantwortung gegenüber den Studierenden wahrzunehmen und die Einnahmeeinbußen auszugleichen.

Die Ausbildung von Lehrkräften ist die Grundlage für das Bildungssystem der nächsten Jahre. Einsparungen in der Lehrerausbildung haben weitreichende Folgen für viele kommende Generationen und den Bildungsstandard des Landes.